Gerd Hardach

Der Generationenvertrag im 20. Jahrhundert

I. Grundlagen des Generationenvertrags

Der Begriff des Generationenvertrags geht auf den Wirtschaftswissenschaftler Wilfrid Schreiber zurück, der 1955 in der Diskussion über die Reform der öffentlichen Rentenversicherung einen „Solidar-Vertrag“ zwischen den Generationen vorschlug. Nach Schreibers Auffassung hatte die Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert zwar zu einem erheblichen Anstieg des Lebensstandards geführt, aber sie hatte andererseits durch die Individualisierung der Arbeit das Solidaritätspotential der Familien verringert. Der Verlust an familialer Solidarität sollte durch einen Ausbau der öffentlichen Sozialpolitik kompensiert werden. Familienförderung und Alterssicherung standen nach Schreibers These in einem Legitimationszusammenhang. Mit der Familienförderung unterstützt die erwerbstätige Generation die heranwachsende Generation, die den Generationenvertrag fortsetzt, und mit den Beiträgen zur öffentlichen Rentenversicherung sorgt sie für die Alten¹.

Schreibers „Solidar-Vertrag“ bezog sich auf die intergenerative Umverteilung durch den Sozialstaat. In der aktuellen Diskussion wird der Begriff des Generationenvertrags jedoch weiter gefaßt und meint die Gesamtheit der intergenerativen Umverteilung. Die Notwendigkeit des Generationenvertrags ist zeitlos. Jeder Mensch braucht ein Einkommen von der Geburt bis zum Tode. Aber nur in der mittleren Lebensphase ist der Mensch in der Lage, für sich selbst zu sorgen. Am Anfang und am Ende des Lebens ist er auf fremde Hilfe angewiesen. Der individuelle Lebenslauf fügt sich daher in die Kontinuität der Generationen ein. Die mittlere Generation sorgt mit ihrer Erwerbstätigkeit und ihrer Familientätigkeit für die heranwachsende Generation, und sie erwartet, im Alter von der erwachsen gewordenen jüngeren Generation versorgt zu werden. Die konkrete Ausgestaltung des Generationenvertrages unterlag jedoch einem historischen Wandel. Der

¹ *Wilfrid Schreiber*, Existenzsicherung in der industriellen Gesellschaft. Vorschläge des Bundes Katholischer Unternehmer zur Sozialreform (Köln o. J. [1955]). *Anne Dohle*, Die Sozialpolitiklehre Wilfrid Schreibers zur Gesetzlichen Krankenversicherung und zum Familienlastenausgleich (Köln 1991). *Elmar Löckenhoff*, Die Sozialpolitiklehre Wilfried Schreibers zur Gesetzlichen Rentenversicherung und zur Vermögensbildung (Köln 1990).

Generationenvertrag ist kein Vertrag im rechtlichen Sinne, sondern vielmehr ein Arrangement von Rechten und Pflichten, von Erwartungen und Leistungen, mit unterschiedlicher Verbindlichkeit².

II. Jugend

Den Kindern, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland geboren wurden, prognostizierte man 1901–1910 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 45 Jahren. In diese Prognose gingen nicht die Risiken ein, die durch zwei Kriege und die staatliche Verfolgung unter der nationalsozialistischen Diktatur entstehen sollten. In der Mitte des Jahrhunderts war die durchschnittliche Lebenserwartung in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951 auf 67 Jahre gestiegen, in der Deutschen Demokratischen Republik 1952 auf 66 Jahre. Am Ende des 20. Jahrhunderts schätzte man 1997–99 im vereinten Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt auf 78 Jahre³. Die wichtigste Ursache für den Anstieg der Lebenserwartung war der Rückgang der Kindersterblichkeit. Aber auch in den späteren Jahren wurde ein vorzeitiger Tod seltener. Am Ende des 20. Jahrhunderts erlebten fast alle neugeborenen Kinder ihren ersten Geburtstag, und 85% aller Neugeborenen werden wahrscheinlich ihren 65. Geburtstag erleben⁴.

Tabelle 1: Überlebenswahrscheinlichkeit 1871–1997 (in Prozent eines Geburtenjahrgangs)

	1 Jahr	15 Jahre	65 Jahre
1871–80	77	62	27
1901–10	81	73	40
1932–34	92	89	61
1949–51 (BRD)	94	93	69
1952–53 (DDR)	95	93	71
1997–99	99,5	99,3	85

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972* (Stuttgart 1972) 109. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2001, 74. – Die Überlebenswahrscheinlichkeit gibt an, wie viel Prozent der Neugeborenen voraussichtlich ein Alter von einem Jahr, 15 Jahren oder 65 Jahren erreichen.

² Rudolf Richter, *Eirik Furubotn*, *Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung* (Tübingen 1999) 155–160.

³ Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972* (Stuttgart 1972) 110. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, 428. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2001, 74.

⁴ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 74.

Der Anstieg der Lebenserwartung ließ die Sterberate zurückgehen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrug 1900 die Sterberate noch 2,2%. In der Endphase der Weimarer Republik hatte sie sich 1930 auf 1,1% halbiert. Seit den 1930er Jahren stagnierte die Sterberate im Trend, unterbrochen durch den Zweiten Weltkrieg mit seinen Konsequenzen und die staatliche Verfolgung. Der Anstieg der Lebenserwartung wurde in seiner Wirkung auf die Sterberate durch das Altern der Gesellschaft kompensiert. Im vereinten Deutschland war die Sterberate 1999 mit 1,0% nur wenig niedriger als am Ausgang der Weimarer Republik⁵.

Die Jugend als Ausbildungsphase teilte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die meisten Kinder und Jugendlichen in eine familiäre Kindheitsphase von ungefähr sechs Jahren Dauer und eine kompakte Schulphase von acht Jahren Dauer. Für die meisten Jugendlichen begann mit 14 bis 15 Jahren das Arbeitsleben. Nur wenige Jugendliche schlugen längere Ausbildungswege in weiterführenden Schulen oder Hochschulen ein. Diese Ausbildungsstruktur galt auch in den Anfangsjahren der beiden deutschen Staaten noch als ausreichend für die Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft. In der Deutschen Demokratischen Republik führte die Schulreform von 1965 zu einer Verlängerung der Ausbildungsphase. Die zehnjährige polytechnische Oberschule wurde seitdem zur Regelschule. Die Jugendlichen traten nach der Schulzeit mit 16 bis 17 Jahren in die Arbeitswelt ein⁶. Die vorsichtige ostdeutsche Reform konnte einige Jahre als modern gelten, wurde dann aber weit überholt durch die westdeutsche Bildungsreform der 1970er Jahre. Ein zunehmender Anteil der Jugendlichen entschied sich seitdem für den 13jährigen Schulweg bis zum Abitur, an den sich oft ein Studium an Fachhochschulen, Hochschulen oder Universitäten anschloß⁷.

In den 1990er Jahren war das traditionelle Alter von 15 Jahren als Zäsur zwischen der Jugendphase und der Erwerbsphase nur noch eine historische Reminiszenz. 1995 verließen Jugendliche das allgemeinbildende Schulsystem im Durchschnitt in Westdeutschland mit 18 Jahren, in Ostdeutschland mit 17 Jahren. Eine Universitätsausbildung wurde im Durchschnitt in Westdeutschland mit 29 Jahren, in Ostdeutschland mit 27 Jahren abgeschlossen⁸.

⁵ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft, 102–103. Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 68.

⁶ Karl-Heinz Günther, Franz Hofmann, Gerd Hohendorf, Helmut König, Heinz Schuffenhauer (Hrsg.), Geschichte der Erziehung (Berlin 1971) 626–638.

⁷ Peter Lundgren, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, 2 Bde. (Göttingen 1980–1981). Walter Schulze, Christoph Führ, Das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland (Weinheim 1973).

⁸ Alexander Reinberg, Markus Hummel, Bildung und Beschäftigung im vereinigten Deutschland, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 226 (Nürnberg 1999) 38, 68.

III. Beruf

Die institutionelle Trennung von Beruf und Familie verschärfte in der kapitalistischen Gesellschaft die geschlechtsspezifische Differenzierung der Lebenswege. Der männliche Standardlebenslauf setzte sich aus der Jugend als Ausbildungsphase, einer kontinuierlichen Erwerbsphase, die vom Ende der Schulzeit bis in das hohe Alter dauerte, und dem Ruhestand zusammen. Mädchen und junge Frauen wurden dagegen auf ein Leben vorbereitet, in dem nicht der Beruf, sondern die Familie im Vordergrund stehen sollte. Im Alltag wurde von Frauen nicht unbedingt erwartet, daß sie nach der Heirat oder nach der Geburt der Kinder auf eine Erwerbstätigkeit verzichteten, wohl aber, daß sie die Erwerbstätigkeit der Familie unterordneten. Wenn Mädchen und Frauen sich für eine Erwerbstätigkeit entschieden, stießen sie auf einen segmentierten Arbeitsmarkt, auf dem ihnen nur wenige Berufe offenstanden.

Nach der Berufszählung von 1907, der ersten des 20. Jahrhunderts, stellten Frauen 36% der Beschäftigten. Diese Quote blieb unter dem Einfluß des bürgerlichen Familienmodells bemerkenswert stabil, sie betrug in der Bundesrepublik Deutschland 1970 immer noch 36%⁹. Was sich änderte, war nicht der Umfang, sondern die Struktur der weiblichen Berufstätigkeit. Es gab weniger Bäuerinnen, Landarbeiterinnen, Textilarbeiterinnen und Hausangestellte und mehr Angestellte und Beamtinnen¹⁰.

Nachdem sich die Berufstätigkeit der Frauen als gesellschaftliches Leitbild und zunehmend auch als Lebenswirklichkeit durchgesetzt hatte, änderte sich die Struktur des Arbeitsmarktes. In der Deutschen Demokratischen Republik betrug der Anteil der Frauen an den Beschäftigten 1950 bereits 40% und stieg bis 1989 auf 48%. In der Bundesrepublik Deutschland stieg der Anteil der Frauen an den Beschäftigten bis 1989 auf 40%¹¹. Nach der Wiedervereinigung nahm in den alten Bundesländern die Erwerbsorientierung der Frauen weiter zu, während in den neuen Bundesländern die Frauen noch stärker als die Männer von der Transformationskrise getroffen wurden. Im Mai 2000 betrug der Anteil der Frauen an den Beschäftigten 44%¹².

Die Altersstruktur der Gesellschaft, die Dauer der Ausbildungsphase, die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern und die Entwicklung des Ruhestandes bestimmten die Erwerbsquote. Sie drückt den Anteil der Erwerbspersonen, zu denen auch die Beschäftigung suchenden Arbeitslosen gehören, an der Bevölkerung aus. Am Beginn des 20. Jahrhunderts betrug 1907 die Erwerbsquote 46% der Bevölkerung. In der Zwischenkriegszeit war die Erwerbsquote wesentlich höher, da nunmehr die geburtenstarken Jahrgänge aus der

⁹ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 140.

¹⁰ Ute Frevert, *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit* (Frankfurt 1986). Angelika Willms-Herget, *Frauenarbeit. Zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt* (Frankfurt 1985).

¹¹ Statistisches Jahrbuch DDR 1990, 1, 17; Statistisches Jahrbuch BRD 1990, 96.

¹² Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 106.

Zeit der Jahrhundertwende in das Erwerbsalter gekommen waren. 1925 betrug die Erwerbsquote 51%, und 1939 war sie sogar, bezogen auf das alte Reichsgebiet, auf 52% gestiegen¹³.

In den Wiederaufbaujahren war die Erwerbsquote in allen vier Besatzungszonen erstaunlich gering. Das lag zum einen an der Desorganisation der Wirtschaft, zum anderen an einer geringen Erwerbsneigung der Bevölkerung. Das populäre Bild der „Trümmerfrauen“ täuscht. Mit den „Trümmerfrauen“ waren die Frauen gemeint, die in den zerstörten Städten, vor allem in Berlin, den Kriegsschutt wegräumten. Traditionell beschäftigte die Bauwirtschaft wenig Frauen, deshalb fielen die neuen Bauarbeiterinnen um so mehr auf. Aber ihre Zahl fiel statistisch im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten nicht ins Gewicht¹⁴. Auch nach der doppelten Staatsgründung war die Erwerbsbeteiligung zunächst noch gering. 1950 betrug die Erwerbsquote in Westdeutschland 46%, in Ostdeutschland sogar nur 41%¹⁵.

Seitdem teilte sich die Entwicklung. In Westdeutschland ging die Erwerbsquote bis 1970 durch die demographischen Veränderungen und den Rückgang der Altersarbeit auf 44% zurück. Danach stieg sie aufgrund der stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen bis 1989 auf 49% an. In Ostdeutschland ließ die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen die Erwerbsquote bis 1989 auf 53% steigen¹⁶. Im vereinten Deutschland nahm in den alten Bundesländern die Erwerbsorientierung weiter zu, während in den neuen Bundesländern die Arbeitsmarktkrise zu einem deutlichen Rückgang der Erwerbsorientierung führte. Insgesamt schlugen sich die unterschiedlichen Entwicklungen 2000 in einer Erwerbsquote von 49% nieder¹⁷.

Wichtig war nicht nur die Höhe der Erwerbsquote, sondern mehr noch der Beschäftigungsgrad. In der Zeit der Weimarer Republik, in der alten Bundesrepublik Deutschland seit der Krise von 1974–75 und in der neuen Bundesrepublik Deutschland wurde die hohe Erwerbsquote durch die persistente Arbeitslosigkeit kompensiert. Das Produktionspotential, das sich in Westdeutschland seit den 1970er Jahren aus der zunehmenden Erwerbsorientierung der Frauen ergab und das im vereinten Deutschland in den 1990er Jahren bestand, wurde aufgrund des restriktiven Arbeitsmarktes nur unzulänglich genutzt. In der aktuellen Situation wäre für die Stabilität des Generationenvertrages viel gewonnen, wenn die Arbeitslosigkeit reduziert und die Berufstätigkeit von Frauen gefördert würde¹⁸.

¹³ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 140.

¹⁴ *Charlotte Arnold*, Der Arbeitsmarkt in den Besatzungszonen, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen (Berlin 1948).

¹⁵ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft, 140. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, 1, 17.

¹⁶ Statistisches Jahrbuch BRD 1990, 43, 96. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, 1, 17.

¹⁷ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 102.

¹⁸ *Gerd Hardach*, Der Generationenvertrag in der Arbeitsmarktkrise, in: *Kai Eicker-Wolf, Ralf Käpenik, Torsten Niechoj, Sabine Reiner, Jens Weiß* (Hrsg.), Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat (Marburg 1998).

Der Übergang von der extensiven zur intensiven Arbeit hat die Stabilität des Generationenvertrages im 20. Jahrhundert wesentlich verbessert. Die Friedensjahre des Kaiserreichs waren eine lange wirtschaftliche Expansionsphase. Das reale Nettosozialprodukt je Einwohner nahm von 1872 bis 1913 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 1,3% zu¹⁹.

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik stand die Wirtschaft im Schatten der Inflation, die mit der Kriegsfinanzierung begonnen hatte und sich in der Nachkriegszeit rasch beschleunigte, und ihren Folgen. 1924 trat die deutsche Wirtschaft in die Phase der relativen Stabilisierung ein. 1927 übertraf das reale Nettosozialprodukt je Einwohner erstmals das Vorkriegsniveau von 1913. Bald darauf wurde die Expansion durch die Weltwirtschaftskrise von 1929–33 unterbrochen. Von 1929 bis 1932 ging das reale Nettosozialprodukt je Einwohner um 20% zurück²⁰.

Die nationalsozialistische Diktatur warb 1933–34 mit einer aktiven Konjunkturpolitik um die Unterstützung der Bevölkerung. Nach den großen Konjunkturprogrammen der Anfangsjahre prägte seit 1935 die Aufrüstung die wirtschaftliche Entwicklung. Durch den massiven Rüstungsboom lag das reale Nettosozialprodukt je Einwohner 1938 um 46% über dem Niveau von 1929²¹. Wenn man die Augen vor der Gewalt, vor der Verfolgung der Juden und anderer Minderheiten und vor der Kriegsvorbereitung verschloß, konnte man an einen wirtschaftlichen Aufschwung glauben²².

Der Wiederaufbau im geteilten Deutschland kam zunächst nur langsam voran. In Westdeutschland beschleunigten die Reformen des Jahres 1948, die Währungsreform, die Wirtschaftsreform und das Europäische Wiederaufbauprogramm, den Wiederaufbau. In der Bundesrepublik Deutschland übertraf 1953 das reale Nettosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung erstmals das Vorkriegsniveau von 1938²³. Seitdem ging der Wiederaufbau ohne Bruch in eine beispiellose Wachstumsphase über. Die Jahre von 1950 bis 1973 gelten im Rückblick in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, als das „goldene Zeitalter“ des wirtschaftlichen Wachstums²⁴. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nahm in Westdeutschland von 1950 bis 1973 im Durchschnitt um 4,9% im Jahr zu²⁵.

¹⁹ Walther G. Hoffmann, Franz Grumbach, Helmut Hesse, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts* (Berlin 1965) 172–174, 827–828.

²⁰ Hoffmann, Grumbach, Hesse, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft* 172–174, 827–828.

²¹ Hoffmann, Grumbach, Hesse, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft* 172–174, 827–828.

²² Christoph Buchheim, *Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001).

²³ Hoffmann, Grumbach, Hesse, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft* 172–174, 827–828.

²⁴ Wendy Carlin, *West German growth and institutions, 1945–90*, in: Nicholas Crafts, Gianni Toniolo (Hrsg.), *Economic growth in Europe since 1945* (Cambridge 1996). N. F. R. Crafts, *The golden age of economic growth in Western Europe, 1950–1973*, in: *Economic History Review* 48 (1995). Ludger Lindlar, *Das mißverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität* (Tübingen 1997).

²⁵ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 44, 655.

Die Krise von 1974–75 war in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur ein zyklischer Abschwung, sondern auch eine historische Zäsur. Auf die exzeptionelle Wachstumsphase folgte eine neue Ära mit deutlich schwächerem Wirtschaftswachstum. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner ging in der westdeutschen Wirtschaft in der Periode von 1973 bis 1989 im Durchschnitt auf 2,0% im Jahr zurück²⁶. Die Wachstumsrate war im langfristigen historischen Vergleich immer noch beachtlich. Das Wachstum reichte aber nicht mehr aus, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Mit der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums begann daher die bis heute anhaltende Arbeitsmarktkrise²⁷.

In der ostdeutschen Wirtschaft hätten die hohe Erwerbsquote und die Vollbeschäftigung die Stabilität des Generationenvertrages stärken sollen. Dem stand aber entgegen, daß das Arbeitspotential im Vergleich zur westdeutschen Wirtschaft weniger effizient genutzt wurde. Die quantitative Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik ist immer noch umstritten, da die zeitgenössischen Statistiken unzulänglich sind. Nach einer Schätzung von Albert Ritschl betrug die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-Einkommens in der ostdeutschen Wirtschaft in der Zeit von 1950 bis 1973 ungefähr 3,2%. Seit den 1970er Jahren verlangsamte sich das Wachstumstempo, und von 1973 bis 1989 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-Einkommens nur noch ungefähr 1,3%. Die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft erreichte am Vorabend der Wiedervereinigung, von Januar bis September 1990, ungefähr 40% des westdeutschen Niveaus²⁸.

Die Wiedervereinigung löste in der westdeutschen Wirtschaft durch die zusätzliche Nachfrage aus den neuen Bundesländern einen kurzfristigen Aufschwung aus. Bereits 1993 endete dieser Boom jedoch. In den neuen Bundesländern führte unterdessen die Transformationskrise zu einem dramatischen Rückgang von Beschäftigung und Produktion. Insgesamt schwächte sich im vereinten Deutschland das wirtschaftliche Wachstum im Vergleich zur alten Bundesrepublik deutlich ab. Von 1991 bis 1999 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Durchschnitt nur um 1,0% im Jahr zu²⁹.

Deutschland war auch am Ende des 20. Jahrhunderts kein armes Land. Das reale Nettosozialprodukt je Einwohner war in der Bundesrepublik Deutschland 1950 um 47% höher als 1900 im Deutschen Reich³⁰. Am Ende der alten Bundes-

²⁶ Statistisches Jahrbuch BRD 1992, 50, 655.

²⁷ Jan Prieue, Persistente Arbeitslosigkeit in Deutschland – neoklassische versus keynesianische Erklärungen und Politikoptionen, in: Kai Eicker-Wolf, Ralf Käpernick, Torsten Niechoj, Sabine Reiner, Jens Weiß (Hrsg.), Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat (Marburg 1998).

²⁸ Albert Ritschl, Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945–1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1995/II.).

²⁹ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 44, 655.

³⁰ Hoffmann, Grumbach, Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft 172–174, 827–828.

republik Deutschland erreichte 1989 das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 450% des Niveaus von 1950, im vereinten Deutschland lag es 1999 um 9% über dem Niveau von 1991³¹. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums führte im späten 20. Jahrhundert jedoch zu einer persistenten Arbeitslosigkeit und engte den Verteilungsspielraum des Generationenvertrages ein.

IV. Familie

Der Generationenvertrag beruhte seit jeher auf der Kontinuität der Familien. Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Familie noch eine selbstverständliche Lebensform. Die meisten Menschen heirateten, und eine Ehe führte im allgemeinen auch zur Familiengründung. Seit dem späten 19. Jahrhundert ging die Zahl der Kinder in den Familien jedoch zurück. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten die Familien im Durchschnitt vier bis fünf Kinder, in der Weimarer Republik waren es zwei bis drei Kinder. Der Trend zur Kleinfamilie zeigte regionale und schichtspezifische Unterschiede. Städtische Familien hatten weniger Kinder als ländliche Familien, bürgerlicher Familien hatten weniger Kinder als Arbeiterfamilien, und innerhalb der Arbeiterklasse hatten Facharbeiterfamilien weniger Kinder als die Familien der ungelernten Arbeiter³². Da die Familien weniger Kinder hatten, ging die Geburtenrate zurück. 1876 war die Geburtenrate mit 4,1% noch sehr hoch, 1900 war sie auf 3,6% zurückgegangen, und im letzten Friedensjahr 1913 betrug sie 2,8%³³. Um 1910 setzte in Deutschland eine öffentliche Diskussion über den Rückgang der Geburtenrate ein. Für die Konservativen war die Verstädterung die Ursache des Geburtenrückgangs, für das Zentrum war die abnehmende Religiosität der entscheidende Grund, während aus der Sicht der Sozialdemokratie die wirtschaftliche Not die wichtigste Ursache war³⁴.

In den 1920er Jahren setzte sich der Geburtenrückgang fort. 1929 war die Geburtenrate auf 1,8% zurückgegangen. Seit den 1930er Jahren stabilisierte sich die Geburtenrate mit kurzfristigen Fluktuationen. 1965 betrug die Geburtenrate in der Bundesrepublik 1,8%, in der Deutschen Demokratischen Republik 1,4%.

Der Trend zur Kleinfamilie wird oft als eine Reaktion auf die Stabilisierung der Lebenszeit interpretiert. Da die Kindersterblichkeit zurückging, reichten weniger Geburten, um die Kontinuität der Familie zu gewährleisten. Hinzu kamen aber auch Gründe wie die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und die wirtschaftliche Belastung der Familien³⁵. Joseph Schumpeter hat auf den Wertewandel und seine Konsequenzen für die Institution der Familie hingewiesen. Sobald Männer und Frauen die „utilitaristische Lektion“ gelernt hatten, meinte

³¹ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 44, 655.

³² John Knodel, *The decline of fertility in Germany, 1871–1993* (Princeton 1979).

³³ Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft* 101.

³⁴ Christiane Dienel, *Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918* (Münster 1995).

³⁵ Reinhard Sieder, *Sozialgeschichte der Familie* (Frankfurt 1987).

Schumpeter, und sobald sie anfangen, die individuellen Vorteile und Nachteile ihres Handelns abzuwägen, mußte ihnen deutlich werden, daß der Aufwand für die Kindererziehung sich im wirtschaftlichen Sinne nicht lohnte³⁶.

Seit der Mitte der 1960er Jahre ging in beiden deutschen Gesellschaften die Bedeutung der Familie als Lebensmodell zurück. Von einer Krise der Familie zu sprechen, wie es seitdem oft geschieht, ist übertrieben. Aber die Familie trat zunehmend in Konkurrenz mit anderen Lebensformen. Immer mehr Frauen und Männer entschieden sich für ein Leben ohne Kinder³⁷. Der Fünfte Familienbericht konstatierte 1994 eine „größere Vielfalt der Lebensformen und Lebensstile“³⁸.

Die Gründe für die Abwendung von der Familie werden inzwischen intensiv diskutiert. An erster Stelle steht das Vereinbarkeitsproblem. Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit waren und sind schwer zu vereinbaren. In der Deutschen Demokratischen Republik versuchte die Politik seit den 1970er Jahren, durch den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, Flexibilisierung der Arbeit und andere Instrumente die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Das hat wahrscheinlich, zusammen mit der Familienförderung, zur Stabilisierung der Geburtenrate beigetragen. Die Bundesrepublik Deutschland folgte seit den 1980er Jahren mit Instrumenten wie Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld, Ausbau der Kinderbetreuung und Reintegrationshilfen zum Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase. Allmählich entstand im Schnittpunkt von Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik eine neue Vereinbarkeitspolitik, aber der Erfolg ist bisher eher bescheiden³⁹.

Der zweite Grund für die sinkende Attraktivität der Familie ist die finanzielle Belastung der Familien. Sie besteht nicht nur in dem Aufwand für Kinder, sondern auch in den Opportunitätskosten, die aus der Einschränkung der Erwerbstätigkeit resultieren⁴⁰. Die Finanzierung der Zukunftsinvestitionen blieb im 20. Jahrhundert überwiegend den Familien überlassen. Der Staat beteiligte sich an den Kosten für die heranwachsende Generation vor allem durch die Finanzierung des Bildungswesens. In Preußen und einigen anderen Bundesstaaten wurden Familien

³⁶ Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1952) (München 1975) 254–255.

³⁷ Franz-Xaver Kaufmann, *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen* (München 1995).

³⁸ Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.), *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht* (Bonn 1994) 18.

³⁹ Christine Amend-Wegmann, *Vereinbarkeitspolitik in Deutschland* (Hamburg 2003).

⁴⁰ Gary S. Becker, *Familie, Gesellschaft und Politik – Die ökonomische Perspektive* (Tübingen 1996). Notburga Ott, *Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker*, in: Ingo Pies, Martin Leschke (Hrsg.), *Gary Beckers ökonomischer Imperialismus* (Tübingen 1998). Dies., *Zum Rationalverhalten familialer Entscheidungen*, in: Claudia Born, Helga Krüger (Hrsg.), *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe* (Weinheim 1993). Marie-Lore Schilp, *„Ökonomik der Familie“ – Reichweite und Begrenzungen des ökonomischen Ansatzes zur Erklärung familialen Verhaltens* (Krefeld 1984).

bei der Einkommensteuer begünstigt. Auch bei der Einführung der Reichseinkommensteuer im Jahre 1920 gab es eine Steuerbegünstigung für Familien. Der Umfang dieser indirekten Förderung war jedoch gering⁴¹.

Ein Kindergeld als staatliche Subvention für kinderreiche Familien wurde unter der nationalsozialistischen Diktatur 1935 als Instrument der rassistischen Bevölkerungspolitik eingeführt. Das Kindergeld wurde zunächst nur zur Entlastung großer Familien für das fünfte und alle weiteren Kinder gezahlt, später wurde es auf das vierte Kind und dann auf das dritte Kind ausgedehnt⁴².

Seit der Zeit der deutschen Teilung entstanden in Westdeutschland und Ostdeutschland unterschiedliche Systeme der Familienförderung. In Westdeutschland wurde 1954 wieder ein Kindergeld für kinderreiche Familien eingeführt. Damit kehrte man zum dualen System der Familienförderung durch Steuerbegünstigungen und direkte Subventionen zurück⁴³. Die sozialdemokratische Regierung führte 1974 eine Reform der Familienförderung durch. Die duale Familienförderung wurde durch ein einheitliches Kindergeld ersetzt, das für jedes Kind gezahlt wurde, nicht nur an kinderreiche Familien⁴⁴. Das neue System baute zwar die schichtspezifischen Unterschiede ab, die sich aus der Steuerbegünstigung ergaben, aber die Erhöhung des Kindergeldes glich insgesamt den Ausfall der indirekten Förderung nicht aus. Die Kosten für die heranwachsende Generation wurden wieder stärker auf die Familien überwält. Unter der konservativen Regierung kehrte man 1985 zu dem dualen System der Familienförderung zurück.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde 1958 ein Kinderzuschlag zum Einkommen eingeführt. 1975 wurden der Kinderzuschlag und andere familienpolitische Leistungen zu einem staatlichen Kindergeld zusammengefaßt. Das Kindergeld wurde 1987 deutlich erhöht. Seit 1990 galt das westdeutsche System der dualen Familienförderung für das gesamte Deutschland⁴⁵.

Mit der Reform von 1996 wurde den Familien eine Wahlmöglichkeit zwischen Kindergeld und Steuerbegünstigung eingeräumt. Für die meisten Familien war das Kindergeld günstiger, erst bei relativ hohen Einkommen wurde die Steuerbegünstigung vorteilhaft. Der Familienleistungsausgleich sollte künftig an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt werden⁴⁶.

Trotz des Ausbaus der Familienförderung wurden die Aufwendungen für die heranwachsende Generation auch im ausgehenden 20. Jahrhundert vor allem von den Familien getragen. Der Unterhalt der Kinder und Jugendlichen wurde 1992 in einem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern in West-

⁴¹ Einkommensteuergesetz, 20. März 1920. RGBl. 1920 I, 359–378.

⁴² *Johannes Frerich, Martin Frey*, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland Bd. 1 (München 1996) 315–320.

⁴³ *Klaus-Jörg Ruhl*, Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit 1945–1963 (München 1994).

⁴⁴ Gesetz zur Reform der Einkommensteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung (EStRG) 5. August 1974. Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1974 I, 1769–1855.

⁴⁵ *Johannes Frerich, Martin Frey*, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2 (München 1996) 405–422.

⁴⁶ *Max Wingen*, Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme (Bonn 1997).

deutschland zu 62% durch familiäre Transferleistungen finanziert. In Ostdeutschland betrug aufgrund der niedrigen Einkommen und der relativ hohen öffentlichen Transferleistungen der Beitrag der Familien 48%⁴⁷. Wenn man den Zeitaufwand für die Betreuung der Kinder berücksichtigt, wurde im gesamtdeutschen Durchschnitt der Aufwand für die heranwachsende Generation zu ungefähr 75% von den Familien getragen⁴⁸. Ein Indikator für die finanzielle Belastung der Familien ist auch, daß in den 1990er Jahren Familien mit heranwachsenden Kindern im Vergleich zu kinderlosen Haushalten im Durchschnitt pro Person eine Wohstandseinbuße von ungefähr 50% hinzunehmen hatten⁴⁹.

Ein dritter Grund für die Abwendung von der Familie liegt darin, daß die Sozialpolitik selbst zur Diskriminierung der Familien beiträgt. Eltern, die mit der Sorge für die heranwachsende Generation die Kontinuität des Generationenvertrages gewährleisten, werden in der Altersversorgung benachteiligt, da die Sozialversicherungsrenten aus der Erwerbstätigkeit abgeleitet werden. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1992 bewegte sich die Ausgestaltung des Generationenvertrages damals am Rande der Legalität. Der Gesetzgeber sei zwar nicht verpflichtet, die generativen Leistungen der Familien in vollem Umfang den monetären Leistungen der Beitragszahler gleichzusetzen. Er müsse jedoch „in weiterem Umfang als bisher“ den Mangel des Rentensystems, der in der Benachteiligung der Familien liege, ausgleichen⁵⁰. 1996 betonte das Bundesverfassungsgericht erneut, daß die Sozialpolitik mehr als bisher die „Garantiefunktion“ der Kindererziehung für den Generationenvertrag berücksichtigen müsse⁵¹.

Die Pluralisierung der Lebensformen hatte zur Folge, daß nach einer Stabilität von ungefähr 30 Jahren in der Mitte der 1960er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften ein neuer Geburtenrückgang einsetzte. In Westdeutschland ging die Geburtenrate bis 1989 auf 1,0% zurück. Da die Sterbeziffer mit leichten Fluktuationen stagnierte, schlug der Geburtenüberschuß seit den 1970er Jahren in ein Geburtendefizit um⁵². In der ostdeutschen Gesellschaft stabilisierte die Geburtenrate sich in den 1980er Jahren. 1989 betrug die Geburtenrate 1,2%⁵³.

In den 1990er Jahren verlangsamte sich in Westdeutschland der Geburtenrückgang. In Ostdeutschland dagegen führte die wirtschaftliche Unsicherheit zu einer starken Abnahme der Geburten. Im gesamtdeutschen Durchschnitt betrug 1999 die Geburtenrate nur noch 0,9%⁵⁴. Angesichts des Geburtendefizits erinnerte der Fünfte Familienbericht 1994 an die Bedeutung der sozialen Kontinuität: „Jede

⁴⁷ *Juliane Roloff*, Familieneinkommen, Kinderkosten und deren Einfluß auf generative Verhaltensentscheidungen (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 82 d, Wiesbaden 1996).

⁴⁸ *Wingen*, Familienpolitik 186.

⁴⁹ *Kaufmann*, Zukunft der Familie 115.

⁵⁰ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 87, 1–48.

⁵¹ BVerfGE 94, 241–267.

⁵² Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 103. Statistisches Jahrbuch BRD 1992, 74.

⁵³ Statistisches Jahrbuch DDR 1990, 404–405.

⁵⁴ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 68.

Gesellschaft ist darauf angewiesen, daß neue Generationen nachwachsen und ihre wesentlichen kulturellen, technischen und ökonomischen Errungenschaften übernehmen und weiterentwickeln.“⁵⁵

Durch den Rückgang der Geburtenrate schwächte sich das Bevölkerungswachstum langfristig ab. In der Zeit des Kaiserreichs stieg von 1871 bis 1913 die Bevölkerung von 41 Millionen auf 67 Millionen. Die Weimarer Republik hatte 1919 nach den vielen Toten des Weltkriegs und den Gebietsabtretungen 63 Millionen Einwohner. In den 1930er Jahren wuchs die Bevölkerung über den Vorkriegsstand hinaus, und 1938 hatte Deutschland in den alten Grenzen 69 Millionen Einwohner. 1950 entsprach die Bevölkerung in beiden Teilstaaten zusammen trotz des erheblich reduzierten Gebiets dem Stand von 1913. Die Bundesrepublik Deutschland hatte 50 Millionen Einwohner, die Deutsche Demokratische Republik 17 Millionen. Die westdeutsche Bevölkerung stieg bis 1972 auf 62 Millionen und blieb seitdem konstant. Die ostdeutsche Bevölkerung blieb bis 1989 unverändert bei 17 Millionen. Das vereinte Deutschland hatte 1991 eine Bevölkerung von 80 Millionen. Das Geburtendefizit hielt im vereinten Deutschland an, es wurde aber durch die Einwanderung kompensiert. Bis 1999 stieg die Einwohnerzahl auf 82 Millionen⁵⁶. Wenn die gegenwärtigen demographischen Strukturen und Trends sich in Deutschland in der Zukunft fortsetzen, könnte nach neueren Prognosen die Bevölkerung bis 2030 auf 77 Millionen Einwohner zurückgehen⁵⁷.

In einem dicht besiedelten Land wie Deutschland kann man der demographischen Stagnation durchaus positive Aspekte abgewinnen. 1900 lebten im Deutschen Reich 104 Personen je Quadratkilometer, 1999 war die Bevölkerungsdichte im vereinten Deutschland auf 230 Personen je Quadratkilometer gestiegen⁵⁸. Das demographische Problem war und ist nicht die Bevölkerungszahl, sondern die Altersstruktur der Bevölkerung⁵⁹. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die deutsche Gesellschaft aufgrund der noch relativ hohen Geburtenrate und niedrigen Lebenserwartung ausgesprochen jugendlich. Seitdem ließen der Rückgang der Geburtenrate und die Stabilisierung der Lebenszeit die deutsche Gesellschaft altern. Von 1900 bis 1999 ging der Anteil der Jugendgeneration unter 15 Jahren an der Bevölkerung von 35% auf 15% zurück, während der Anteil der Ruhestandsgeneration ab 65 Jahren von 5% auf 16% anstieg. Schon in den 80er Jahren wurde gewarnt, die Bundesrepublik Deutschland werde eine „ergraute Gesellschaft“⁶⁰.

⁵⁵ Bundesministerium für Familie und Senioren, Fünfter Familienbericht 34.

⁵⁶ Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 44.

⁵⁷ Konrad Eckerle, Thomas Oczipka, Auswirkungen veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland. Prognosegutachten 1998 (Frankfurt 1998) 35.

⁵⁸ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 90. Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 44.

⁵⁹ Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa (München 2001).

⁶⁰ Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Die ergraute Gesellschaft (Berlin 1987).

Tabelle 2: Die Altersstruktur der deutschen Gesellschaft 1900–1999 (Prozent)

	bis 14 Jahre	15–64 Jahre	ab 65 Jahre
1900	35	60	5
1925	26	68	6
1970 (BRD)	23	64	13
1970 (DDR)	23	61	16
1999	15	69	16

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (Stuttgart 1972) 95. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, 392. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2001, 58.

Bereits in der Zeit der Weimarer Republik wurden die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die intergenerative Umverteilung diskutiert. Wenn weniger Kinder geboren wurden und gleichzeitig die Lebenserwartung stieg, mußte die erwerbstätige Generation auf die Dauer eine wachsende Zahl von Rentnern und Rentnerinnen unterstützen⁶¹. Angesichts der Stabilisierung der Geburtenrate ließen die Befürchtungen über ein Altern der Gesellschaft in den 1950er Jahren nach. Nachdem die Geburtenrate erneut zurück ging, wurde die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland aber in den 1980er Jahren durch eine wachsende Zahl von „Horrorprognosen“ über die demographische Bedrohung des Generationenvertrages alarmiert⁶². Das Altern der Gesellschaft wird sich nach aktuellen Prognosen bis in das Jahr 2030 fortsetzen. Diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Seit den 1990er Jahren wird in allen entwickelten Gesellschaften das Altern der Bevölkerung mit seinen Konsequenzen für den Generationenvertrag diskutiert⁶³.

Tabelle 3: Prognose der Altersstruktur der deutschen Gesellschaft 2030 (Prozent)

	bis 14 Jahre	15–64 Jahre	ab 65 Jahre
Kontinuitätsmodell	13	61	26
Immigrationsmodell	14	61	25

Quelle: Konrad Eckerle, Michael Schlesinger, Gudrun Blaha, Prognos-Gutachten 1995. Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen, hrsg. v. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Frankfurt 1995) Tabellenband, Tabelle O-6 und U-6.

⁶¹ W. Dobbernack, Die Einwirkungen der Strukturwandlungen des deutschen Volkes und der sozialversicherten Bevölkerung auf Krankenstand, Invaliditätsziffer und Sterblichkeit, in: Die Reichsversicherung 3 (1929).

⁶² Hans-Jürgen Krupp, Kontroversen um den Sozialstaat, in: B. Gahlen, H. Hesse, H. J. Ramser, G. Bombach (Hrsg.), Theorie und Praxis der Sozialversicherung (Tübingen 1990) 6.

⁶³ World Bank (Hrsg.), Averting the old age crisis (New York 1994).

Das Altern der Gesellschaft bedeutet, daß ein wachsender Teil des Sozialprodukts direkt durch Markteinkommen, insbesondere Vermögenseinkommen, oder indirekt durch familiäre oder öffentliche Transferleistungen der älteren Generation zufließen muß, wenn man einen Rückfall in die Altersarmut vermeiden möchte. Die verbreitete Befürchtung, daß die mittlere Generation in absehbarer Zeit durch die Transferleistungen des Generationenvertrages überfordert sein wird, findet in den demographischen Prognosen jedoch keine Bestätigung. Der Zunahme der Ruhestandsgeneration steht eine Abnahme der Jugendgeneration gegenüber. Der Anteil der mittleren Generation von 15 bis 65 Jahren an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren zwar deutlich zurückgehen, aber er wird 2030 nicht geringer sein als zu Beginn des 20. Jahrhunderts⁶⁴.

V. Alter

Die traditionelle Alterssicherung durch die Familie hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts an Bedeutung verloren. Wichtig war sie noch im ländlichen Milieu, weil sich die ältere Generation nach der Hofübergabe auf das Altenteil zurückzog. Ohne die Substanz eines Familienbetriebes galt die familiäre Solidarität aber als wenig verlässlich. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatten sich verschiedene berufsbezogene Modelle der Altersvorsorge entwickelt oder aus älteren Vorläufern weiterentwickelt, wie die staatlichen Pensionssysteme, die Knappschaftsversicherung der Bergleute und Betriebsrenten⁶⁵. Am bedeutendsten aber wurde die Invaliditäts- und Altersversicherung, die 1889 als Pflichtversicherung für alle Arbeiter und gering verdienende Angestellte eingeführt wurde und 1891 in Kraft trat.

Die öffentliche Rentenversicherung sah Invalidenrenten vor, die nach einer individuellen Prüfung gewährt wurden, und Altersrenten, auf die jeder versicherte Arbeiter vom 70. Lebensjahr an Anspruch hatte. 1916 wurde das Rentenalter auf 65 Jahre gesenkt. Die Finanzierung der Renten beruhte auf Mitgliedsbeiträgen und einem erheblichen Staatszuschuß. Eine Invalidenrente wurde schon nach einer relativ kurzen Wartezeit von fünf Jahren berücksichtigt. Für die Altersrente war eine Wartezeit von 30 Jahren vorgesehen. Danach hätten die ersten Altersrenten 1921 ausgezahlt werden können. Um alten Arbeitern von Anfang an eine Rente zu gewähren und damit die Attraktivität der öffentlichen Rentenversicherung zu erhöhen, wurden den Arbeitern, die zum Zeitpunkt der Gesetzgebung bereits älter als 40 Jahre waren, die Berufsjahre, die sie nach dem 40. Lebensjahr

⁶⁴ Konrad Eckerle, Michael Schlesinger, Gudrun Blaha, Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen. Prognos-Gutachten 1995, hrsg. v. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (DRV-Schriften, Bd. 4) 2 Bde. (Frankfurt 1995) Bd. 2, Tabelle O-6 und U-6.

⁶⁵ Josef Ehmer, Sozialgeschichte des Alters (Frankfurt 1990); Gerd Hardach, Optionen der Altersvorsorge im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 48 (2003).

geleistet hatten, ohne eigene Beitragsleistung als Versicherungsjahre anerkannt⁶⁶. Um die Beiträge und den Staatszuschuß niedrig zu halten, wurden die Leistungen der Rentenversicherung bewußt sehr bescheiden angesetzt. Die Rente sollte kein existenzsicherndes Sozialeinkommen sein, sondern galt, wie es bei der Vorbereitung des Gesetzes hieß, als „Zuschuß zum Lebensunterhalt, mit dessen Hülfe man an billigen Orten und unter Zuhülfenahme etwaiger sonstiger Hilfsquellen oder des verbliebenen Restes von Erwerbsfähigkeit das Leben fristen kann“⁶⁷. Auch eine Hinterbliebenenunterstützung für Witwen und Waisen, die zunächst vorgesehen war, fiel der Sparsamkeit zum Opfer⁶⁸. Sie wurde erst zwei Jahrzehnte später 1911 eingeführt⁶⁹.

Die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu einer Arbeitnehmergeinschaft führte dazu, daß die Bedeutung der öffentlichen Rentenversicherung stetig zunahm. 1913 hatte die Rentenversicherung 16 Millionen Mitglieder und zahlte 1,1 Millionen Hauptrenten. Die meisten Arbeiter erhielten eine Invalidenrente, nur wenige Versicherte mußten bis zum 70. Lebensjahr auf ihre Rente warten⁷⁰. Das Rentenalter war daher relativ niedrig, es betrug 1895 im Durchschnitt nur 61 Jahre⁷¹. Die Renten waren in der Tat nur ein Zuschuß zum Lebensunterhalt. 1892 betrug die durchschnittliche Rente 10 Mark monatlich; das entsprach 23% des durchschnittlichen Lohns der Arbeiter. Rentenerhöhungen waren nicht vorgesehen, das Gefüge von Beitragsklassen und Renten war statisch. Durch die steigenden Löhne wanderten die Arbeiter aber in höhere Beitragsklassen und hatten entsprechend höhere Leistungen zu erwarten. Bis 1913 stieg die Monatsrente auf 16 Mark und entsprach damit weiterhin 23% des Durchschnittslohns⁷².

Die Rentenversicherung sammelte allmählich ein Versicherungskapital an und bezog daraus steigende Erträge. Zum überwiegenden Teil wurden die Renten aber aus den Mitgliedsbeiträgen und aus Steuermitteln finanziert. Die öffentliche Rentenversicherung ist entgegen einer verbreiteten Meinung nie eine kapitalgedeckte Versicherung gewesen. Sie beruhte im wesentlichen auf einer direkten Umverteilung von den Erwerbstätigen und den Steuerzahlern an die Altersgeneration⁷³.

⁶⁶ Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, 22. Juni 1889. Reichsgesetzblatt (RGBl.) (1889) 97–144.

⁶⁷ Memorandum zur Alters- und Invalidenversicherung, Mai 1886. Bundesarchiv Berlin R 1501/100017.

⁶⁸ *Marlene Ellerkamp*, Die Frage der Witwen und Waisen. Vorläufiger Ausschluß aus dem Rentensystem und graduelle Inklusion (1889–1911), in: *Stefan Fisch, Ulrike Haerendel* (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat (Berlin 2000).

⁶⁹ Reichsversicherungsordnung, 19. Juli 1911. RGBl. 1911, 509–838.

⁷⁰ Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes 31 (1915) 299.

⁷¹ *Christoph Conrad*, Die Entstehung des modernen Ruhestandes. Deutschland im internationalen Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988) 433.

⁷² Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1893, 189. Statistisches Jahrbuch Dt. Reich 1915, 380–384. *Rüdiger Hohls*, Arbeit und Verdienst (Diss. Freie Universität Berlin 1991) 88.

⁷³ *Paul Zschimmer*, Der Wiederaufbau der deutschen Invalidenversicherung 1924/26, in: Die Reichsversicherung 1 (1927).

Auch nach der Einführung der öffentlichen Rentenversicherung war die Altersnot nicht gebannt. Die neuen Renten waren niedrig. Viele Arbeiter setzten daher trotz des relativ frühen Rentenalters ihre Erwerbstätigkeit bis ins hohe Alter fort. 1907 gehörten noch 39% der Männer in der Altersgruppe ab 70 Jahren zu den Erwerbspersonen⁷⁴. Die Altersversorgung beruhte je nach der individuellen Situation auf einer Kombination von Renten, fortgesetzter Erwerbstätigkeit, Unterstützung durch die Arbeitgeber, familialen Transferleistungen oder letztlich auch der Armenfürsorge. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Alter immer noch mit großer Sorge gesehen, auch unter den Industriearbeitern, denen doch die neue öffentliche Rentenversicherung nutzen sollte. Fritz Schumann befragte 1910 in einer frühen betriebssoziologischen Untersuchung Arbeiter der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim, wovon sie zu leben gedächten, wenn sie nicht mehr arbeiten konnten. Die meisten Befragten, 44%, hielten ihre Situation im Alter für ganz ungewiß. Auf die Rentenversicherung vertrauten 18%. Immerhin 7% befürchteten, sich im Alter durch Hausieren oder Betteln ernähren zu müssen. Drei weitere Möglichkeiten, die Unterstützung durch die Ehefrau oder die Kinder, leichte Arbeiten oder Ersparnisse, wurden von jeweils 4% der Befragten angegeben. Die Furcht vor der Altersarmut, nicht die Erwartung eines gesicherten Ruhestandes, wird auch durch einzelne Antworten bestätigt. So schrieb ein Arbeiter in den Fragebogen: „Bin auf meine Kinder angewiesen, für welche ich auch gesorgt habe.“ Ein anderer: „Wenn ich bei meinen Kindern nicht bleiben kann, muß mich die Stadt haben.“ Andere Arbeiter bemerkten kurz: „Rente und Almosen“, oder „Rente und eventueller Nebenerwerb“. Sozialpolitische Zuversicht sprach aus der Antwort: „Hoffnung, daß die Rente höher wird durch Gesetz.“ Manche Arbeiter hofften auf eine Kombination verschiedener Alterseinkünfte. So hieß es in einer Antwort: „Von Vervollkommen der Alters- und Invalidenversicherung, etwas ererbtem Vermögen und durch eventuelle spätere Unterstützung meiner Kinder“⁷⁵.

Obwohl die Arbeiterversicherung nicht mehr als eine Grundsicherung leistete, wurden ihre Vorteile auch in anderen sozialen Klassen erkannt. 1911 wurde eine Angestelltenversicherung eingeführt⁷⁶. Damit war der Weg zu einer allgemeinen Volksversicherung eingeschlagen. Die öffentliche Rentenversicherung galt nicht mehr als klassenspezifische Umverteilung zu Gunsten der Arbeiter, sondern als generationsspezifische Umverteilung zu Gunsten der älteren Generation⁷⁷.

⁷⁴ Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes (Statistik des Deutschen Reichs 211, Berlin 1913) 41.

⁷⁵ Fritz Schumann, Die Arbeiter der Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim, in: Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Automobilindustrie und einer Wiener Maschinenfabrik (Schriften des Vereins für Socialpolitik 135/1, 1911) 117–120. – Die „Stadt“ meint die kommunale Armenfürsorge.

⁷⁶ Versicherungsgesetz für Angestellte, 20. Dezember 1911. RGBl. 1911, 989–1061.

⁷⁷ Christoph Conrad, Vom Greis zum Rentner. Der Strukturwandel des Alters in Deutschland zwischen 1830 und 1930 (Göttingen 1994).

Seit der Zeit der Weimarer Republik setzte sich der Grundsatz durch, daß die Renten aus der öffentlichen Rentenversicherung nicht nur ein Zuschuß zu den Lebenshaltungskosten, sondern ein existenzsicherndes Sozialeinkommen sein sollten⁷⁸. Das bedeutete, daß die laufenden und die neu zugeteilten Renten regelmäßig angehoben werden mußten, um der Preisentwicklung und dem wirtschaftlichen Wachstum zu folgen. 1930 erreichte die durchschnittliche Rente der Arbeitsversicherung 39 RM; das entsprach 32% des durchschnittlichen Nettolohns in der Industrie⁷⁹. Seitdem wurden die Renten unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise gekürzt. Viele Rentner und Rentnerinnen mußten bei der Fürsorge Zuflucht suchen⁸⁰. Das nationalsozialistische Regime setzte die soziale Sparpolitik der Präsidialkabinette fort⁸¹. 1933 wurden die Renten weiter gekürzt⁸². Erst 1937 wurden, um den gestiegenen sozialen Erwartungen entgegenzukommen, die Renten etwas verbessert⁸³. Die Verbesserungen glichen aber die Rentenkürzungen aus den Krisenjahren nicht aus. Im letzten Friedensjahr 1938 betrugen die Renten der Arbeitsversicherung im Durchschnitt 32 RM. Das entsprach nur noch 27% des durchschnittlichen Nettolohns⁸⁴. Um den Sozialabbau propagandistisch zu kompensieren, wurden 1938 die selbständigen Handwerker in die Pflichtversicherung einbezogen⁸⁵. Im Krieg wurden die Renten 1941 wieder ungefähr auf das Niveau angehoben, das vor den Krisenkürzungen bestand⁸⁶. Inzwischen hatte das nominale Rentenniveau aber seine Bedeutung verloren, da der Krieg und die Rationierung die Lebenssituation aller Generationen bestimmten.

In Westdeutschland kehrte man zu dem Rentenmodell der Weimarer Republik zurück. Die Renten wurden von Zeit zu Zeit der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt. In der Bundesrepublik Deutschland betrug 1955 die Rente im Durchschnitt aller Versicherungszweige 117 DM im Monat. Das entsprach 38% des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens⁸⁷.

Wenn die Renten ein zuverlässiges Sozialeinkommen sein sollten, mußten sie im Grunde ähnlich wie die Beamtenpensionen institutionell mit der Entwicklung der Erwerbseinkommen verknüpft werden⁸⁸. In der Bundesrepublik

⁷⁸ Annette Penkert, *Arbeit oder Rente? Die alternde Bevölkerung als sozialpolitische Herausforderung für die Weimarer Republik* (Göttingen 1998).

⁷⁹ Statistisches Jahrbuch Dt. Reich 1932, 387–390. *Hohls*, *Arbeit und Verdienst* 90.

⁸⁰ Penkert, *Arbeit oder Rente* 250.

⁸¹ Karl Teppe, *Zur Sozialpolitik des Dritten Reichs am Beispiel der Sozialversicherung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 17 (1977).

⁸² Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Versicherung, 7. Dezember 1933. RGBl. 1933 I, 1039–1044.

⁸³ Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung, 21. Dezember 1937. RGBl. 1937 I, 1393–1408.

⁸⁴ Statistisches Jahrbuch Dt. Reich 1939/40, 383–387–390. *Hohls*, *Arbeit und Verdienst* 90.

⁸⁵ Gesetz über die Altersversorgung für das Deutsche Handwerk, 21. Dezember 1938. RGBl. 1938 I, 1900–1901.

⁸⁶ Gesetz über die Verbesserung der Leistungen in der Rentenversicherung, 24. Juli 1941. RGBl. 1941 I, 443.

⁸⁷ Arbeits- und Sozialstatistik 1 (1976) 72. Statistisches Jahrbuch BRD 1957, 558.

⁸⁸ Lil-Christine Schlegel, Gerd Hardach, *Die dynamische Rente. Ein Modell der Alterssiche-*

Deutschland wurde nach diesem Grundsatz 1957 ein neues Modell der öffentlichen Rentenversicherung eingeführt, das seitdem als die „dynamische Rente“ bekannt wurde. Die Renten orientierten sich regelmäßig an der Entwicklung der Löhne. Erwerbstätige mit einem durchschnittlichen Einkommen konnten nach 40 Beitragsjahren die „Standardrente“ in Höhe von 60% des aktuellen Durchschnittslohns erwarten. Die Hinterbliebenenrenten wurden in Relation zu den Hauptrenten festgesetzt. Die Renten wurden im wesentlichen nach dem Umlageverfahren aus den Beiträgen finanziert, ein Staatszuschuß war nur als Kompensation für politisch gewollte besondere Leistungen der Rentenversicherung vorgesehen⁸⁹. Der Beitrag, der zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wurde, betrug anfangs 14% des Lohns oder Gehalts. Bald nach der Rentenreform wurde im Juli 1957 als weiterer Schritt zur Volksversicherung für die selbständigen Landwirte eine Grundsicherung eingeführt, die das traditionelle Altenteil ergänzen sollte⁹⁰.

Die materielle Unabhängigkeit der älteren Generation hat die Beziehungen zwischen den Generationen wesentlich verbessert. Rudolf Tartler charakterisierte in den 1960er Jahren die Beziehungen zwischen den Alten und ihren erwachsen gewordenen Kindern als „innere Nähe durch äußere Distanz“⁹¹.

Das neue Rentenmodell bildete seitdem mit einigen Modifikationen die Grundlage der öffentlichen Rentenversicherung. Die Rentenreform 1972 erweiterte die Optionen für einen frühen Ruhestand, außerdem wurde eine Rente nach Mindesteinkommen eingeführt⁹². Seit der Mitte der 1970er Jahre geriet die Rentenversicherung durch den Anstieg der Beiträge und die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums unter Druck. Mit der Rentenreform von 1989 wurde die Bruttoanpassung durch die Nettoanpassung ersetzt, um den Beitragsanstieg zu dämpfen. Die Standardrente sollte nunmehr 70% des Nettoeinkommens erreichen⁹³.

In der Sowjetischen Zone wurde 1947 eine Einheitsversicherung für alle Erwerbstätigen eingeführt. 1956 wurde die Sozialversicherung institutionell getrennt. Die Arbeiter- und Angestelltenversicherung wurde vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund verwaltet, während die Sozialversicherung der Genossenschaftsmitglieder und der wenigen Selbständigen auf die Deutsche Versicherungsanstalt ausgelagert wurde. Das Prinzip einer umfassenden Volksversicherung

rung im historischen Wandel, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (im Druck).

⁸⁹ Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter (ArVNG), 23. Februar 1957. BGBl. 1957 I, 45–87. Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (AnVNG), 23. Februar 1957. BGBl. 1957 I, 88–131.

⁹⁰ *Johannes Frerich, Martin Frei*, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland 3 (München 1996) 55–58.

⁹¹ *Rudolf Tartler*, Das Alter in der modernen Gesellschaft (Stuttgart 1961) 79.

⁹² Rentenreformgesetz 1973 (RRG), 16. Oktober 1972. BGBl. 1972 I, 1965–1997.

⁹³ Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, 18. Dezember 1989. BGBl. 1989 I, 2261–2295.

wurde aber beibehalten⁹⁴. 1989 erreichten die Alters- und Invalidenrenten im Durchschnitt 451 Mark; das entsprach 40% des durchschnittlichen Nettolohns. Wenn die Freiwillige Zusatzversicherung hinzukam, erhöhte die Rente sich im Durchschnitt auf 568 Mark oder 50% des Nettolohns⁹⁵. Während des Einigungsprozesses wurde im Juni 1990 das westdeutsche Rentenmodell auf die Deutsche Demokratische Republik übertragen⁹⁶.

Im vereinten Deutschland ist die öffentliche Rentenversicherung ein Wirtschaftssektor von enormer Bedeutung geworden. Sie hatte 2000 in ihren verschiedenen Zweigen insgesamt 33 Millionen Mitglieder. 17 Millionen Rentner und Rentnerinnen bezogen eine Hauptrente, außerdem erhielten 6 Millionen Witwen, Witwer und Waisen eine Hinterbliebenenrente. Das Rentenalter lag im Durchschnitt bei 61 Jahren, es war also nicht viel anders als im Kaiserreich. Allerdings setzte der Durchschnitt sich anders zusammen, es wurden mehr Altersrenten und weniger Invalidenrenten gezahlt⁹⁷. Die Rente betrug 1999 im Durchschnitt 1355 DM im Monat; das entsprach 50% des durchschnittlichen Nettoerwerbseinkommens der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von 2708 DM⁹⁸. Die Veränderung der Altersstruktur, die Verlängerung des Ruhestandes, die Arbeitsmarktkrise, nicht zuletzt aber auch die Belastung der öffentlichen Rentenversicherung mit sozialpolitischen Leistungen ließen den Rentenbeitrag steigen. Die Rentenreform von 1989 brachte nur kurzfristig eine Entlastung. Der Beitrag stieg 1998 knapp über die politisch sensible 20%-Grenze hinaus auf 20,3%⁹⁹.

Angesichts der steigenden Beitragsquote verschärfte sich in den 1990er Jahren die Diskussion über eine Rentenreform. Wenn das Rentenmodell beibehalten würde, müßte der Rentenbeitrag bis 2030, wenn die letzten geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen, erheblich steigen. Nach der Prognos-Studie von 1998 müßte der Rentenbeitrag bei einer Fortschreibung der damaligen Situation bis 2030 auf 26% bis 27% erhöht werden¹⁰⁰. Die Rentenreform von 1997 sah vor, den Rentenanstieg zu dämpfen, wenn das Ruhestandsalter stieg. Diese Reform wurde aber ein Jahr später ausgesetzt. Nach der 2001 eingeführten Reform soll das relative Niveau der Standardrente bis 2030 auf 67% bis 68% des Nettolohns abgesenkt werden. Damit hofft man zu erreichen, daß der Rentenbeitrag bis 2030

⁹⁴ Dierk Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956 (München 1996).

⁹⁵ Statistisches Jahrbuch DDR 1990, 144, 384. – Eine Rente aus der Freiwilligen Zusatzversicherung wurde von 42% aller Rentner bezogen.

⁹⁶ Frey, Frei, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik, Bd. 3, 522–531.

⁹⁷ Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), Rentenversicherung in Zeitreihen (Frankfurt a.M. 2002) 17, 111, 143–145.

⁹⁸ Statistisches Jahrbuch BRD 2000, 453–454, 635, 651.

⁹⁹ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2 Bde. (Bonn 2001) Bd. 1, 221.

¹⁰⁰ Eckerle, Oczipka, Prognos-Gutachten 1998, 117.

nicht über 22% steigt. Um den größeren Abstand zwischen Löhnen und Renten zu kompensieren, soll die private Altersvorsorge gefördert werden¹⁰¹.

Im ausgehenden 20. Jahrhundert hat sich der Ruhestand als erwerbsfreie Altersphase allgemein durchgesetzt. 1998 waren in Deutschland in der älteren Generation ab 65 Jahren nur noch 4,4% der Männer und 1,5% der Frauen erwerbstätig¹⁰². Der Grund für die fortgesetzte Erwerbstätigkeit war meist nicht mehr die Altersnot, sondern die Sinnstiftung durch die Arbeit. Im Berliner Alters-Survey wurde unter den Motiven, im Rentenalter weiterhin erwerbstätig zu sein, am häufigsten die Möglichkeit genannt, noch etwas Sinnvolles tun zu können. An zweiter Stelle stand der Kontakt zu anderen Menschen, an dritter Stelle der Wunsch, Kenntnisse und Fähigkeiten einzusetzen. Das Interesse an einem Zusatzeinkommen zur Rente folgte erst an vierter Stelle¹⁰³.

So wie im Märchen von den Bremer Stadtmusikanten der Esel, der Hund, die Katze und der Hahn sich verbündeten, um gemeinsam die Altersarmut zu überwinden, setzten sich die Einkommen der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland aus verschiedenen Komponenten zusammen¹⁰⁴. An erster Stelle standen die Sozialversicherungsrenten, danach folgten berufsbezogene Renten wie die Betriebsrenten, die Beamtenpensionen und die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, dann Kapitaleinkommen, seltener Erwerbseinkommen. Das Problem der Alterssicherung lag darin, daß die verschiedenen Einkommensquellen der älteren Generation im allgemeinen nicht ausgleichend wirkten, sondern sich eher nach oben oder nach unten kumulierten. Wer durch niedrige Einkommen und eine kurze Erwerbstätigkeit nur geringe Rentenansprüche erwerben konnte, hatte meistens auch von der betrieblichen Alterssicherung nicht viel zu erwarten und auch wenig Gelegenheit zur privaten Vermögensbildung. Trotz des wirtschaftlichen Wachstums und Ausbaus der Sozialversicherung blieben manche ältere Menschen daher auf die Sozialhilfe als Alters-einkommen angewiesen¹⁰⁵.

¹⁰¹ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Lebenslagen in Deutschland*, Bd. 1, 223–226.

¹⁰² Statistisches Jahrbuch BRD 2001, 102.

¹⁰³ Harald Künemund, „Produktive“ Tätigkeiten, in: Martin Kohli, Harald Künemund (Hrsg.), *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey* (Opladen 2000).

¹⁰⁴ Jacob Grimm, Wilhelm Grimm, *Kinder- und Hausmärchen* (1812) 3 Bde. (Frankfurt 1974) Bd. 1, 180–184.

¹⁰⁵ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Alterssicherung in Deutschland 1992*, 2 Bde. (München 1994). Gertrud Backes, *Lebenslagen und Alter(n)sformen von Frauen und Männern in den neuen und alten Bundesländern*, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), *Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter. Expertisen zum Dritten Altenbericht der Bundesregierung*, Bd. 3 (Opladen 2001).

VI. Markt, Solidarität und Staat

Generationen haben als soziale Gruppen, anders als Schichten, Klassen oder Verbände, keine feste Mitgliedschaft. Die Generationszugehörigkeit ist nur das Attribut eines Lebensalters. Im Kontext des individuellen Lebenslaufs wandern die Menschen, sozialen Nomaden gleich, von einer Generation zur nächsten. In den einzelnen Lebenswegen mischten sich daher im 20. Jahrhundert Stabilitätsphasen und Krisen.

Die Gestaltung des Generationenvertrages wurde maßgeblich durch die Entwicklung der Beschäftigung und der Produktivität bestimmt. Im Vertrauen auf die anhaltende wirtschaftliche Stabilität wurde im Kaiserreich mit der Einführung der öffentlichen Rentenversicherung ein Programm geschaffen, das auf lange Sicht die Überwindung der Altersarmut versprach. Das nicht weniger dringende Problem der Kinderarmut blieb ungelöst; die Kinderarmut war im sozialpolitischen Diskurs in der Armut der Familien verborgen. Die Weimarer Republik versprach einen Ausbau der Sozialpolitik, der mit dem Übergang zur diskretionären Rentenanpassung insbesondere auch der Alterssicherung zugute kam. Die Weltwirtschaftskrise unterbrach die Modernisierung des Generationenvertrages.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts förderte das wirtschaftliche Wachstum durch steigende Erwerbseinkommen und eine institutionalisierte intergenerative Umverteilung die Stabilität des Generationenvertrages. Die Erwerbseinkommen stiegen nachhaltig an, und damit erweiterte sich auch der Verteilungsspielraum für familiäre Transferleistungen. Außerdem wurden der Markt und die familiäre Solidarität in zunehmendem Umfang durch die staatliche Sozialpolitik ergänzt.

Die Expansion der Sozialpolitik hat nicht nur in Deutschland zu einer Diskussion über die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen geführt¹⁰⁶. Die staatliche Umverteilung begünstigte traditionell die Altersgeneration. Seit den 1950er Jahren wurde die Familienförderung zwar ausgebaut, sie blieb aber im Umfang immer noch hinter der Alterssicherung zurück. Das Bundesverfassungsgericht verwies 1992 kritisch auf diese Asymmetrie: „Im Kern bleibt es auf diese Weise trotz der staatlichen Bemühungen um einen Familienlastenausgleich dabei, daß die Kindererziehung als Privatsache, die Alterssicherung dagegen als gesellschaftliche Aufgabe gilt.“¹⁰⁷ Unter dem Einfluß des schwächeren Wirtschaftswachstums und der steigenden Arbeitslosigkeit verschärften sich die Unterschiede in den generationsspezifischen Armutsrisiken. 1998 waren in Deutschland im Durchschnitt 3,5% der Bevölkerung zu ihrem Lebensunterhalt auf die Sozialhilfe angewiesen. In der Altersgruppe der Kinder unter sieben Jahren lag die

¹⁰⁶ Anne-Marie Guillemand, Equity between generations in aging societies: The problem of assessing public policies, in: Tamara Hareven (Hrsg.), Aging and generational relations over the life course (Berlin 1996) 212.

¹⁰⁷ BVerfGE 87, 38.

Sozialhilfequote mit 8,6% weit über dem Durchschnitt, in der Ruhestandsgeneration ab 65 Jahren war sie dagegen mit 1,3% relativ niedrig¹⁰⁸.

Der Generationenvertrag gehört zu den Grundlagen, auf denen die „Zukunftsfähigkeit“ unserer Gesellschaft beruht¹⁰⁹. Die langfristige Stabilisierung der Altersvorsorge, die gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses steht, ist nur einer von mehreren Aspekten. Die Stabilisierung des Generationenvertrages verlangt auch eine aktive Politik zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einen Ausbau der Familienförderung.

¹⁰⁸ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Lebenslagen in Deutschland*, Bd. 2, 130.

¹⁰⁹ *Adelheid Biesecker*, Arbeitsgesellschaft – Tätigkeitsgesellschaft – Mitgestaltungsgesellschaft. Umrisse eines zukunftsfähigen Arbeitskonzepts, in: *Berliner Debatte. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs* 11 (2000) 63.